

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig, Linden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptredaktion: Dresden, Göb. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Beleglohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Reimnitzplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Reimnitzplatz 10. Tel. 26 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinstarifen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 250.

Dresden, Freitag den 25. Oktober 1918.

29. Jahrg.

Der Eindruck der amerikanischen Antwort. Schwere Forderungen der Alliierten. — Karolyi ungarischer Ministerpräsident.

Wilson's Bescheid.

Washington, 23. Oktober. Der Staatssekretär gibt folgenden Bescheid bekannt: Vom Staatssekretär ist an den Geschäftsführer der Schweiz, der gleichzeitig mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen beauftragt ist, nachstehende Mitteilung gerichtet worden:

Staatsdepartement, den 23. Oktober 1918. Ich habe die Ehre, dem Empfang Ihrer Note vom 22. d. M. zu bejahen, mit der Sie eine Mitteilung der deutschen Regierung vom 20. d. M. übermitteln. Der Präsident hat mich mit der folgenden Antwort beauftragt:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und ausdrückliche Versicherung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie die Friedensbedingungen in seiner Sprache an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und die Grundlagen der Friedensordnung in seinen späteren Ansprüchen, insbesondere der vom 27. September rückhaltlos annimmt, und daß sie in Erweiterungen über die Einzelheiten ihrer Anwendung einzutreten wünscht, fernere daß dieser Wunsch und Zweck nicht von denen ausgeht, die bisher die deutsche Politik geführt haben, sondern von den Ministern, die für die Reichsregierung und die übernehmende Regierung des deutschen Reiches sprechen, und nachdem er ebenfalls die ausdrückliche Versicherung der gegenwärtigen deutschen Regierung erhalten hat, daß die deutschen Land- und Seestreitkräfte die Gesetze der Neutralität und einer allseitigen Kriegsführung beabsichtigen werden, glaubt der Präsident der Vereinigten Staaten es nicht abzuweisen zu können, mit den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten verhandelt, die Frage eines Waffenstillstandes aufzunehmen.

Er hält es aber für seine Pflicht, zu wiederholen, daß der einzige Waffenstillstand, den er sich berechtigt fühlen würde, der Einigung zu unterliegen, nur ein solcher sein könnte, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen verbundenen Mächte in der Lage setze, ihre zu treffende Vereinbarung zu erzwingen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten deutscherseits unmöglich zu machen.

Der Präsident hat deshalb seinen Rat mit den gegenwärtigen deutschen leitenden Stellen der Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegsführende Macht verhandelt, übermitteln, mit dem Aufschluß, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundbedingungen herbeizuführen, ihre militärischen Streitkräfte und die der Vereinigten Staaten zu erlassen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahren und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht über die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofür sie einen solchen Waffenstillstand von militärischen Standpunkt für möglich halten. Sollten solche Waffenstillstandsbedingungen vorgelegt werden, so wird ihre Annahme durch Deutschland den besten und dringlichsten Beweis dafür liefern, daß es die Grundbedingungen und Grundzüge der ganzen Friedensordnung unabweisend annimmt.

Der Präsident würde der Aufrichtigkeit nicht zu gedenken glauben, wenn er nicht so freimütig wie möglich den Grund dafür angebe, daß

außerordentliche Sicherheiten verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig auch die Versöhnungsbestrebungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des kriegsführenden Amtes in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß der Grundgedanke einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung bereit völlig durchgeführt ist oder daß irgendwelche Maßnahmen dafür vorhanden sind oder erwohnen werden, daß die jetzt teilweise vereinbarte grundsätzliche und praktische Reform von Dauer sein wird.

Auch hat es nicht den Anschein, als ob der Kernpunkt der gegenwärtigen Schwierigkeit erreicht ist. Künftige Kriege sind jetzt vielleicht der Entscheidung des deutschen Volkes unterworfen, nicht aber der Gegenwart, und mit dem gegenwärtigen haben wir es gerade zu tun. Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Volk keine Mittel hat, die Unterwerfung der militärischen des Reiches unter den Völkern zu erzwingen, daß der beherrschende Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik ungeschwächt ist; daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herren von Deutschland gewesen sind. In der Ueberzeugung, daß der ganze Weltfrieden jetzt von unserer Sprache und unserem Handeln abhängt, hält es der Präsident für seine Pflicht, ohne alle Verzug, das, was schon gesagt, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind. Und ich wiederhole, daß dem Friedensschluß und bei den Unternehmungen, die unendlichen Gewalttaten und Ungerechtigkeiten dieses Krieges wieder gutzumachen, die Vereinigten Staaten einzig und allein mit denjenigen Vertretern des deutschen Volkes verhandeln können, die als wirkliche Beherrscher Deutschlands eine wahre verfassungsmäßige Stellung zugesichert erhalten haben. Wenn die Vereinigten Staaten jetzt mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autoritäten verhandeln sollten, aber wenn es wahrscheinlich ist, daß sie später mit ihnen über die allseitigen Verpflichtungen des deutschen Reiches zu verhandeln haben würden,

with. (Kontroll.) Großes Hauptquartier, den 25. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern dauern die Kämpfe an der Yser-Niederung an. Der Feind, der in den Südwinkel von Deinze einbrang, wurde im Gegenstoß wieder zurückgeworfen. Südwestlich von Deinze nahmen wir Teile des von Franzosen über die Yser vorgeschobenen Brückenkopfes. Westlich von Blijssat Ghaal schlugen wir einen härteren Angriff, zwischen der Yser und der Schelde und an der Schelde Teilschlösser des Gegners zurück. Die Verstärkung der Kräfte in der Schelde-Niederung durch den Gegner schreitet fort. Auch das Stadlinnere von Tournai lag unter englischen Feuer. Die Abwehrung der Bevölkerung aus diesen Gebieten nach Osten nimmt zu. Westlich von Solesmes und Le Cateau setzte der Engländer seine großen Angriffe fort und dehnte sie nach Norden bis an die Schelde aus. Südlich der Schelde sind sie vor unseren Linien auf den Höhen östlich des Canal de Barches gescheitert.

Die gegen Le Ducques gerichteten Angriffe drängen bis zur Bahn nordwestlich und westlich von Le Ducques vor. Versuche des Feindes, westlich an Le Ducques vorbei in nördlicher Richtung durchzubrechen, scheiterten an dem Eingreifen unserer von Sepernis und Billers Sol aus angetriebenen Truppen. Der in breiter Front gegen den Wald von Norval anstürmende Feind konnte in Bois du Nord und in Fontaine au Bois Fuß fassen. Im übrigen wurde er westlich der Straße Englefontaine-Landrecies nach heftigen Kämpfen zum Stehen gebracht. Die gestrigen Angriffe haben dem Feinde im ganzen einen Geländegewinn von 800 bis 1000 Meter Tiefe gebracht. Weitere Erfolge blieben ihm trotz seines außerordentlichen Kräfteinsatzes auch gestern verweigert.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Dipe, zwischen Dipe und Serre und westlich der Äolone zeitweilig Artilleriekampf. An der Dipe scheiterten Teilschlösser des Gegners. Zwischen Dipe und Serre wurden härtere Angriffe der Franzosen abgewiesen. Wo der Feind in unsere Linien einbrang, warfen wir ihn im Gegenstoß wieder zurück. An den Abschnitten beiderseits Bouziers ließ die Gefechtsaktivität nach. Die Höhen östlich von Chetres wurden von baderischer und württembergischer Besatzung gegen erneute heftige Angriffe des Feindes behauptet.

Seeresgruppe Gallwitz.

Teilschlösser der Amerikaner auf beiden Maas-Üfern wurden abgewiesen.

Südklicher Kriegsschauplatz.

Feindliche Angriffe östwärts der Morawa. Westlich des Flusses drängen sie uns in dem Gebirge südlich von Krugzwanz etwas zurück. Westlich des Flusses in Gegend von Barancin wurden sie abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Staatssekretär Erzberger über die Kriegsanleihe:

Je mehr Kriegsanleihe, desto näher der Frieden.

Erzberger

müssen sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Uebergabe verlangen.

Es kann nichts dadurch gewonnen werden, daß diese grundlegenden Dinge unangefochten bleiben.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung.

ges.: Robert Langing.

Die Bedingungen.

Wilson's Antwortnote setzt den Gedankenanstausch mit der deutschen Regierung fort, ohne die Klarheit zu zeigen, die die Aussprache in diesem vorgeordneten Stadium eigentlich haben müßte. Wählt man sich in Wilson's breite Satzperioden und Verschleiernungen ein, so sieht man schließlich auf zwei Forderungen als Kern des Ganzen. Wilson verlangt im Namen seiner Bundesgenossen erstens Waffenstillstandsbedingungen, die uns eine Wiederaufnahme des Kampfes so gut wie unmöglich machen, und zweitens wollen die Alliierten nur mit Vertretern des demokratischen Deutschland verhandeln. Sie begnügen sich nicht mit der Ablegung der verflochtenen deutschen Militärbefehlshaber, sondern wünschen verfassungsmäßige Garantien, die die deutsche Demokratie sichern.

Die erste Bedingung ist schwer. Sie stellt uns in der

jetigen Formulierung vor die Frage, ob wir uns den Gegnern auf der Grundlage der Wilson'schen 14 Punkte übergeben wollen. Müßte man schon, was diese Wilson'schen Grundzüge im einzelnen bedeuten, wie sie in der Frage Elah-Lothringen, Polens, der Kolonien, der Kohstoffverorgung und des Handels ausgelegt werden sollen, so wäre die deutsche Antwort nicht schwer. Vorläufig aber wissen wir nicht, wie die letzten kapitalistisch-imperialistischen Kreise der Entente die 14 Punkte anzuwenden gedenken. Vom Standpunkt ihrer materiellen Interessen gewinnen diese Kreise von einer Niederlage nichts, denn der deutsche Markt ist für die Produktion des gegnerischen Auslandes nur aufnahmefähig, wenn das deutsche Volk kaufkräftig bleibt. Ein Verdauer der Unruhen und neuer Kriegsfahren dagegen müßte Deutschland für Europa werden, wenn man einer Nation von 70 Millionen Zukunft und Entwicklungsmöglichkeiten bekennt. Aber schließlich bestimmen nicht nur die wirklichen, sondern auch die eingebildeten Interessen das Denken von Klassen und Nationen. Darum ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, wie die Lloyd George, Clemenceau und Wilson das Schicksal unserer Nation auf der Friedenskonferenz zu bestimmen gedenken. Welches Volk möchte unter solchen Umständen seine noch kampfsfähige Armee wehrlos machen lassen, solange nicht dringende Umstände dazu zwingen?

Die zweite Bedingung, die Forderung nach verfassungsmäßiger Verankerung unserer demokratischen Errungenschaften, ist nicht nur leicht zu erfüllen, sondern liegt in der Richtung der begonnenen Entwicklung, ist eine Notwendigkeit, ist unser Gegenwartsziel. Die gestrigen Verhandlungen müßten auf Wilson in diesem Belange eigentlich beruhigend wirken. Aus diesen Verhandlungen geht klar hervor, daß es die unabweisende Pflicht der Wehrheit ist und bleibt, die monarchisch-militärischen Gewalten des alten Deutschlands ein für allemal unter die Kontrolle der Volksvertretung zu stellen. Artikel 11 der Reichsverfassung ist in einer Fassung angenommen worden, wozu künftige Kriegserklärungen und Friedensverträge von der Zustimmung des Reichstags abhängen. Die parlamentarische Regierung, die seit ihrem Bestehen die demokratische Basis nach aufwärts verfolgt hat, erzielte bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum eine reichliche Dreiviertelmehrheit, womit die Volksvertretung dokumentiert, daß sie in ihrer übergroßen Mehrheit hinter dem Friedensschritte des Berliner Kabinetts steht.

Selbstmüll wird nur in zwei Lagern ohne großen Nachhang: rechts die Konservern, links die Unabhängigen. Aber während bei den Konservativen wenigstens klar ist, was sie militärisch wollen — nämlich Widerstand, selbst unglücklichen Widerstand bis zum äußersten — ist die Haltung der unabhängigen Sozialisten so fadensteinig wie immer. Die Herren Haase und Ledebour haben von der Reichstagstribüne herab bekannt, daß ihnen die künftigen Grenzen Deutschlands nicht gleichgültig sind. Sie wollen Elah-Lothringen nicht einfach zur Erlangung des Friedens an Frankreich herausgeben, sondern fordern die Volksabstimmung. Sie wollen Belgien und Danzig nicht den Polen überlassen, sondern verlangen, daß es deutsches Gebiet bleibe. Gut, wir erkennen gern an, daß die beiden Sprecher der Unabhängigen auch als Internationalisten, wie Herr Ledebour sagte, nicht aufhören wollen, Deutsche zu bleiben. Aber vorläufig zeigen sie sich auch in dieser schwersten Stunde ihres Volkes nur als räsonnierende mögliche Spielbürger, worin ja immerhin ein gewisses deutscher Zug zu entdecken sein mag. Nützlicher als theoretische Beschlüsse wäre es gewesen, wenn sie praktisch stupp und klar gesagt hätten ob und welchen Widerstand sie zu leisten gedenken, wenn die Gegner nicht einsehen auf die unabhängigen Wünsche in puncto Reichslande, Polen, Kriegsschädigung und was sonst noch an einem Friedensschluß Unangenehmes drum und dran hängen kann. Das ist doch eine Erkenntnis auch des Haase-Ledebour'schen Gedankensflugs, daß Wilson nicht der Vertreter irgendeiner über den kämpfenden Parteien stehenden Menschlichkeit, sondern der Repräsentant der herrschenden Klassen Amerikas ist und daß, selbst wenn seine Augen auch noch so blau sind, den Vertretern kapitalistischer Klasseninteressen mit solchen Reden allein nicht beizukommen ist.

Immerhin, wir könnten zu den unabhängigen Debatteuren gern schwärzen, wenn sie ihre unglückliche Lippe auch gegen die Schatzmacher des feindlichen Auslandes hin bewegen hätten. So aber muß wieder einmal konstatiert werden, daß die führenden Leute der Unabhängigen ebenso wie ihre Presse selbst in der schwersten Stunde Deutschlands nur idiarie Worte gegen das neue Deutschland, aber keine scharfe Stellung gegen das kapitalistische Frankreich, das imperialistische England und das dollarbeherrschte Amerika finden. Aufs innigste zu wünschen ist diesen seltsamen Deutschen darum etwas mehr Internationalismus, sagen wir: ein Internationalismus von der Objektivität, wie er die russischen Bolschewiki befeuert, die seit Beginn des Rotenwuhls